

Pressemitteilung

17. Januar 2018

Gemeinsam für das soziale Wohl in München

Die Innere Mission hat jetzt für drei Jahre die Federführung bei der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege

Mit einem formellen Stabwechsel im Rathaus ist die Federführung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (ARGE) von der Caritas an die Innere Mission übergegangen. Oberbürgermeister Dieter Reiter dankte beiden Verbänden für die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit: „Wir haben in den vergangenen Jahren viele Dinge gemeistert, die sehr schwierig waren“. Gemeinsam mit der Stadt hätten die Verbände dafür gesorgt, dass in München ein „intaktes soziales Klima“ herrsche. „Gleichwohl müssen alle Akteure mit ganzer Kraft Hand in Hand arbeiten, um den Schwächeren zu helfen, nicht den Anschluss in unserer Gesellschaft zu verlieren.“

Der Oberbürgermeister sagte weiterhin, die Kommune werde alles tun, damit die erfolgreiche Zusammenarbeit auch künftig fortgesetzt werde. Hinsichtlich der Finanzierung sprach er sich für ausreichende Planungssicherheit für die Verbände aus. Reiter wörtlich: „Ich freue mich, wenn die Verbände weiterhin unser Partner bleiben und wir gemeinsam das Wohl aller Münchnerinnen und Münchner vorantreiben können.“

Norbert J. Huber, Geschäftsführer der Caritas München, blickte auf die drei Jahre der Caritas-Federführung zurück. Sein Wunsch sei, dass die Stadtverwaltung öfters auch mal flexibel reagieren und dadurch bürokratischen Mehraufwand reduzieren würde. Konkret bat er den Oberbürgermeister darum, die neue Gebührenordnung in den Flüchtlingsunterkünften noch einmal zu überdenken, demzufolge auch Kinder und Babys monatlich 313,80 Euro bezahlen müssten. „Im Sinne einer guten Integration ist es demotivierend, wenn das erarbeitete Geld gleich wieder weg ist.“

Der Vorstand der Inneren Mission, Günther Bauer, skizzierte die Ziele der ARGE unter der Federführung der Diakonie. Für ihn sei am wichtigsten, den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten. Dabei stehe das Thema „Wohnen“ ganz oben auf der Agenda: „Pflegekräfte, Erzieher und Fachkräfte aller Sparten sollen in der Stadt nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen können.“ Weitere Themen seien Bildung, Inklusion und Integration sowie Armutsbekämpfung. Alleinerziehende seien hiervon besonders betroffen, so Bauer.

Um dem anhaltenden Fachkräftemangel auch mit ausländischen Mitarbeitenden zu begegnen, bedürfe es endlich eines „Einwanderungsgesetzes“; die Lücke sei mit selber ausgebildeten Kräften nicht zu schließen. Ob die derzeit zunehmende „Ökonomisierung des Sozialen“ gut ist für die gesellschaftliche Entwicklung, wage er zu bezweifeln, kritisierte Bauer. Zudem wies er darauf hin, dass die Verbände auch Spenden akquirieren und „mehr als 10.000 Ehrenamtlichen“ die Möglichkeit eines sinnvollen Engagements bieten würden.

Große Herausforderungen sieht Bauer auch bei der Umsetzung der vom Freistaat festgelegten neuen Beratungs- und Integrationsrichtlinie für Flüchtlinge sowie bei den Sondierungsergebnissen der Parteien, die eine „völlig andere Flüchtlingspolitik“ ergeben. „Aber da werden wir keine Ruhe geben und unseren Standpunkt vertreten.“

Klaus Honigschnabel